

Beschlußempfehlung und Bericht
des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksache 12/5830 —

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes
über die Nichtanpassung von Amtsgehalt und Ortszuschlag der Mitglieder
der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre
in den Jahren 1992 und 1993

A. Problem

Weiterer Beitrag der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre zur Einsparung von Haushaltsmitteln.

B. Lösung

Die gesetzliche Festschreibung von Amtsbezügen der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre nach dem Stand vom 1. März 1991 wird auf das Jahr 1994 ausgedehnt. Entsprechendes gilt für die von dem Nichtanpassungsgesetz erfaßten Versorgungsempfänger aus diesem Personenkreis.

Einstimmigkeit im Ausschuß.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Der Bundeshaushalt wird durch die Maßnahme entlastet.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf der Bundesregierung — Drucksache 12/5830 —
unverändert anzunehmen.

Bonn, den 17. Januar 1994

Der Innenausschuß

Hans Gottfried Bernrath
Vorsitzender

Georg Brunnhuber
Berichterstatter

Fritz Rudolf Körper

Heinz-Dieter Hackel

**Bericht der Abgeordneten Georg Brunnhuber, Fritz Rudolf Körper
und Heinz-Dieter Hackel**

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde in der 185. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Oktober 1993 an den Innenausschuß zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuß zur Mitberatung und zur Beratung nach § 96 GO-BT überwiesen.

Der Haushaltsausschuß, der seine Stellungnahme gemäß § 96 GO-BT gesondert abgeben wird, hat einvernehmlich bei Abwesenheit der Vertreter der

Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste empfohlen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Der Innenausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 8. Dezember 1993 abschließend beraten und ihm mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. sowie der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung seitens der Gruppe der PDS/Linke Liste einstimmig zugestimmt.

Bonn, den 17. Januar 1994

Georg Brunnhuber
Berichtersteller

Fritz Rudolf Körper

Heinz-Dieter Hackel

